

EICHELS, MÜNTEFERINGS UND STEINBRÜCKS VERBALE ENTGLEISUNGEN

Peitschenrhetorik: Erstaunlich, wie lange der Bundesrat die fragwürdigen Äusserungen der deutschen Politiker ertrug und schluckte; dies im Gegensatz zu Luxemburg. Bereits am 11. März 2004 reagierte der damalige Finanzminister Hans Eichel giftig, als er gefragt wurde, ob die Grenzschikanen für die Schweizer im Zusammenhang mit dem Schengener Abkommen bewusst getroffen worden seien. Eichels Antworten hätte man schon vor fünf Jahren zurückweisen müssen.

Text: **Marcus Knill*** Bilder: **Ringier Specter**



Angriff gegen die Schweiz: der deutsche Finanzminister Peer Steinbrück.

1. SEQUENZ

Auf die erste Frage des DRS-Journalisten antwortete Hans Eichel 2004 (gemäss Transkript):

“Über solche Fragen – äh – ausser dass wir sie allgemein nehmen – das wissen Sie auch – ist – allgemein Stellung genommen habe – im Einzelnen reden wir öffentlich nicht!”

* In dieser Rubrik analysiert Medienpädagoge, Kommunikationsberater und Autor Marcus Knill (knill.com und rhetorik.ch) Geschehnisse aus dem Bereich Medienrhetorik.

Journalist: “Aber kann man daraus schliessen, dass Sie einen Zusammenhang zumindest nicht dementieren?”

Eichel: “Sie können – Sie können daraus gar nichts schliessen. Wenn ich nichts sage, können Sie daraus auch nicht schliessen.”

Journalist: “Warum dementieren Sie es nicht?”

Eichel: “Wenn ich nichts sage, können Sie nichts schliessen! – kann ich ganz schlicht sagen.”

Das erste Statement “Wir werden öffentlich nichts sagen, bevor die Regierung nicht offi-

ziell Stellung genommen hat” – wäre nachvollziehbar und überzeugt bestimmt viele Politiker.

Die zweite Antwort kommt unwillig, ihre Art und Weise macht bewusst, dass der Interviewte gereizt ist. Etwas stimmt nicht. Man spürt den giftigen Ton, auch in den Satzbrüchen und der Hektik.

Das “Nichtssagen”, das Schweigen oder das Ausweichen ist auch eine “Antwort”, aus der Schlüsse gezogen werden können.

Der unwillige, rüde und gar giftige Ton Eichels förderte die Mutmassungen, Gerüchte und Annahmen anderntags in den Medien. Die schlimmsten Schlussfolgerungen wurden aus dem "Nichts-schliessen-Lassen" gezogen:

- Deutschland führt einen Kleinkrieg.
- Der Schweiz werden die Daumenschrauben angelegt, weil sie das Steuerabkommen nicht unterschrieben hat.
- Weshalb diese Nacht-und-Nebel-Aktion ohne Ankündigung?
- Weshalb wird die Schweiz nur von Deutschland in die Mangel genommen (Österreich, Italien, Frankreich machten bekanntlich damals nicht mit).

Professor Glotz sagte in der "Arena" nach Eichels arrogantem Auftritt: "Die Geschichte wurde durch einen falschen Zungenschlag des deutschen Finanzministers verschärft." Was uns vor allem erstaunte: Obwohl Eichel felsenfest versichert hatte, über die Thematik öffentlich nichts zu verraten, bis ... – vergass er im Laufe der Befragung diese Vorsätze. In der Medienkonferenz liess es sich der Bundesfinanzminister später dann nicht nehmen, doch noch – indirekt – einen Zusammenhang herzustellen. Zum Thema Steuerhinterziehung wurde Eichel deutlich genug: "Damit wir uns richtig verstehen. Ich unterstelle, dass kein Land in Europa nur teilweise davon leben will, dass es sich zur Fluchtburg von Steuerhinterziehung anderer Länder macht. Das unterstelle ich auch der Schweiz. Und erwarte deswegen natürlich auch ein entsprechendes Abkommen – mit der Schweiz –, das dieses sicherstellt. Ich glaube, das kann man – unter zivilisierten Ländern – einander wechselseitig unterstellen. Deswegen verzichte ich auf jede Art von Drohungen. Die Erwartung ist doch eindeutig."

Mit andern Worten: In den Augen des deutschen Finanzministers haben verschärfte Grenzkontrollen, Steuerhinterziehung und damit die bilateralen Abkommen durchaus einen Zusammenhang. Auch indirekte Antworten sind Antworten. Eichels zweite Aussage bestätigt, dass der Journalist mit seiner Nachfrage im ersten Teil eine wunde Stelle getroffen hat. Mit der Bemerkung "Das kann man unter zivilisierten Ländern unterstellen" unterstellt der deutsche Finanzminister selbst indirekt:

"Die Schweiz ist kein zivilisiertes Land, solange sie nicht unterschreibt"

Wenn Eichel explizit betonte: "Ich verzichte auf jede Art von Drohungen" – kommen bei den Zuhörern zwangsläufig Zweifel auf. Wer in Gesprächen versichert: "Ich will dich nicht beleidigen", hat meist das Gegenüber bereits beleidigt oder wird es beleidigen. Wir dürfen uns fragen, weshalb Eichel betonen muss, es

handle sich um keine Drohung. Für uns verstärkt diese Negation die Vermutung, Eichel wolle drohen. Übrigens: Das Wort "Drohung" wird von Eichel selbst in den Mund genommen. Wer antwortet, sollte immer überlegen, was er sagt und was er nicht sagen darf. Indirekte Aussagen sind gefährlich und oft kontraproduktiv. Eichel hat mit seinen Antworten in der Frage des Bankkundengeheimnisses damals Öl ins Feuer gegossen. Peer Steinbrück stiess hernach ins gleiche Horn, doch mit einer noch schärferen, selbstherrlichen Cowboy-Rhetorik. Erstaunlich, dass unser Bundesrat auch Steinbrücks unzumutbare, arrogante Rhetorik nicht eindeutig und bestimmt zurückgewiesen hat. Erst viel später – als der Finanzminister übermütig wurde – erkannte der Bundesrat, dass solche Töne nicht geduldet werden dürfen.

Zur Peitschenrhetorik Steinbrücks (25. Oktober 2008)

Peer Steinbrück hat an einem Ministertreffen von 17 Mitgliedstaaten der OECD die Schweizer Steuerpraxis kritisiert. Nachdem Hans Eichel die Schweiz nur indirekt als unzivilisiertes Land hinstellte, ging nun Steinbrück noch einen Schritt weiter und drohte konkret mit einer "schwarzen Liste". Was Steinbrück in Paris sagte, kam in Bern nicht gut an. Die Schweizer Landesregierung zeigte sich überrascht. Das Departement für Auswärtige Angelegenheiten wurde beauftragt, den deutschen Botschafter Axel Berg ins Bundeshaus zu zitieren. Micheline Calmy-Rey fand dann aber lediglich die Wortwahl Steinbrücks unangebracht. Sie sagte: "Wir waren sehr überrascht, befremdet und vor allem enttäuscht über diesen Tonfall. So redet man nicht mit einem Partnerland." Die Aussenministerin sagte dann aber eher verständnisvoll vermittelnd: "Es geht offenbar darum, dass Deutschland Geld braucht. Das kann ich gut verstehen. Aber man sollte deswegen nicht nach einem Sündenbock suchen."

Durch eine Indiskretion (Publikation eines Briefes, der noch abgefangen werden konnte) ist heute Calmy-Reys Sympathie für das Vorgehen der OECD verständlicher, und die damalige Zurückhaltung der Aussenministerin lässt sich besser einordnen. Der verbale Ausrutscher, das überhebliche Verhalten des deutschen Finanzministers weckten nach dem Medienwirbel bei den Schweizern Ressentiments gegen die Deutschen – vor allen bei Bürgern, die ohnehin allergisch auf schulmeisterliche Töne aus dem nördlichen "Nachbarkanton" reagieren. Steinbrücks unbedachte Schelte leitete zudem Wasser auf die Mühlen jener Kreise, die sich generell gegen fremde Vögte und Diktate der EU zur Wehr setzen.

Steinbrück legte ständig "einen Zahn zu"

Als ob die erste ungehaltene Reaktion Calmy-Reys wie Wasser an ihm abgeperlt sei, setzte der Finanzminister noch einen drauf und drohte erneut. Nachdem sich der Bundesrat nach dem Druck mit der "schwarzen Liste" zu einer vorschnellen Reaktion hinreissen liess, äusserte sich Steinbrück schlitzohrig: "Ich kenne eine solche Liste nicht. Ich weiss auch nicht, ob die Schweiz drauf ist." (Heute weiss man nun, dass der Finanzminister wusste, dass die Schweiz auf einer Liste vermerkt war – der *Tagi* veröffentlichte diese Liste.)

SEQUENZ STEINBRÜCK

Journalist: Wie bitte? Gibt es die neue Liste der OECD gar nicht?

Auf diese Frage ergänzte Steinbrück in arrogantem Ton:

"Man muss die Kavallerie nicht immer ausreiten lassen. Die Indianer müssen nur wissen, dass es die Kavallerie gibt."

Dies sagte Peer Steinbrück am 14. März und fügte bei, er wisse gar nichts von einer Liste, auf der die Schweiz stehe.

War die "schwarze Liste" nur ein Trick? Denn bereits am 12. März hatte die OECD dementiert, dass eine derartige Liste existiere.

Im Klartext hiess dies: reingefallen! Wenn die Schweizer Indianer so dumm sind, alles sofort zu glauben, was man ihnen auftischt, sind sie selber schuld. Steinbrück freute sich offensichtlich über seinen gelungenen Trick: "Jetzt ist ordentlich Zug im Kamin", fügte er erfreut an.

Der Bundesrat hat hernach im Kamin vorschnell einen Teil des Bankgeheimnisses verfeuert. Nur wegen der Drohung des Finanzministers, die Schweiz werde noch auf einer ominösen OECD-Liste von Steueroasen landen. Seltsam ist, dass Steinbrück von dieser Liste nichts wissen wollte, deren Überarbeitung er ja selbst angeregt hatte.

Die EU und die USA stehen auch hinter der Kavallerie gegen die Schweizer – die Indianer. Die Äusserung von Franz Müntefering war eine der schlimmsten inakzeptablen Rhetoriken gegen ein Nachbarland: Im Hinblick auf Steueroasen (er hat damit ebenfalls die Schweiz gemeint) sagte er wortwörtlich: "... früher hätte man dort Soldaten hingeschickt. Aber das geht heute nicht mehr." Gegen diesen gravierenden verbalen Ausrutscher wurde damals von unserer Regierung bedauerlicherweise auch nicht protestiert. Bundesrätin Calmy-Rey sagte lediglich, die Äusserung spreche für sich selbst (Quelle: *NZZ*).

KOMMENTAR

Parlamentarier empörten sich erst richtig über die OECD, als sich zeigte, dass man nicht offen

informiert hatte über die angebliche Liste und damit die Schweiz täuschte. Nachdem aber feststand, dass die OECD ihr Vollmitglied Schweiz auf die Liste der Steueroasen gesetzt hatte – ohne es zu orientieren –, empörten sich die Parlamentarier von links bis rechts. Erst diese Hinterhältigkeit brachte die Volksvertreter in Rage. “Skandalös”, “unschön”, “enttäuschend”, lautete der Grundtenor.

Wir vermissten zu jener Zeit die Empörung des Bundesrates über die unzumutbare, spöttische, verächtliche Rhetorik des deutschen Finanzministers. Erst am 18. März kam es zu Protesten im Parlament gegen das Grossmachtgebaren des Finanzministers aus dem Norden. Nationalrat Thomas Müller wollte im Parlament bewusst mit gleicher Münze zurückzahlen und rückte Steinbrück in die Nähe der Nazis. Er erinnere ihn an jene Männer mit Stiefeln, Armbinden und Ledermänteln, die in den Gassen nach dem Rechten sahen. Diese Überreaktion eines Parlamentariers war schlecht.

Man hätte früher und unmissverständlich die verbalen Attacken zurückweisen müssen, bevor man sich über den Tisch gezogen fühlte. Die selbstherrliche Rhetorik wurde viel zu lang, viel zu wenig ernst genommen und von der Regierung nie vehement zurückgewiesen. Nur einmal – bei der Peitschengeschichte – reagierte Bundesrätin Calmy-Rey, indem sie den deutschen Botschafter zitierte, aber hernach lediglich fand, diese Äusserung sei unangebracht.

Diese Formulierung erinnert mich an jene Mutter, deren Kind an der Kasse im Warenhaus zu ihr sagt: “Du bist eine dumme Kuh”, und darauf die Mutter unverbindlich bemerkt: “Aber bitte, Marianne! Das was du da gesagt hast, ist unangebracht!” Steinbrück spürte viel zu wenig, dass es der Schweiz ernst war mit dem Protest. So wurde der Finanzminister immer dreister und überheblicher. Es fehlten eindeutige, klare Worte des Protestes. Wenn der Bundesrat erst nach dem Vergleich der Schweizer mit Indianern auf diplomatischer Ebene ein Stoppsignal zu setzen versuchte, war dies leider – einmal mehr – viel zu spät.

Unserer Regierung fehlte zu lange eine deutliche, stringente Haltung: “So nicht!”

Erst am 15. März 2009 reagierte die Aussenministerin. Deutschlands Botschafter Axel Berg musste im Eidgenössischen Departement für Auswärtige Angelegenheiten erscheinen. Micheline Calmy-Rey fand jetzt klarere Worte zu den spöttischen, verächtlichen Äusserungen des deutschen Finanzministers Peer Steinbrück. Auch die Fraktionschefin der SP Schweiz äusserte sich gegen den deutschen Parteikollegen: “Solche Unflätigkeiten sind

total daneben und passen nicht zu unserem Stil”, fand Ursula Wyss. Am 18. März entlud sich dann im Parlament die gestaute Empörung über die fleghafte, unerträgliche Rhetorik Steinbrücks mit verbalen Gegenschlägen. Der deutsche Finanzminister bekam in geballter Ladung sein Fett ab. Anstatt das Feuer zu löschen, heizte Angela Merkel die Glut zusätzlich ein, indem sie Steinbrücks Wildwest-Rhetorik am 19. März guthies. Ich zitiere den *Blick*: Merkel: “Ross und Reiter beim Namen nennen”. Angela Merkel liess sich vom Koalitionspartner SPD vor den Wagen spannen: Sie sagte im Bundestag, dass sie das Vorgehen gegen Steueroasen unterstütze. “Es ist richtig und unabdingbar, Ross und Reiter mit Namen zu nennen”, damit stimmte sie in die Wildwest-Rhetorik ihres Finanzministers Peer Steinbrück ein. Obwohl sie die Schweiz nicht namentlich erwähnte, wusste jeder, dass Merkels Verbal-Peitsche auch den Eidgenossen galt. Erstaunlich: Der ganze Bundestag applaudierte.

ERKENNTNIS

Durch den enormen Medienwirbel – ausgelöst durch den Vergleich Steinbrücks der Schweizer mit Indianern und dem deplatzierten Konter des CVP-Nationalrats – kam der deutsche Finanzminister auch noch im eigenen Land unter Druck (zum Beispiel von Westerwelle). Doch Steinbrück fehlte trotz der deutlichen Worte jegliche Selbstkritik. Er fühlte sich gestärkt, dank der aus seiner Sicht erfolgreichen Drohmanier. Statt Fehler einzusehen, verstand er es, seine rhetorischen Fehlleistungen mit Gegenoffensiven vergessen zu machen. Nach dem Motto: Nashörner entschuldigen sich nicht, sie greifen an! (In einem Magazin wurde der deutsche Finanzminister mit einem Rhinoceros verglichen, das bullig, aggressiv und kurzsichtig sei.)

Erst jetzt wurde deutlich, dass der Bundesrat diese permanente Kriegsrhetorik viel zu lang zu wenig ernst genommen hatte. Am 8. April, nachdem die Schweiz auf einer “grauen Liste” an den Pranger gestellt worden war und Steinbrück weiterhin – rücksichtslos wie eh und je – dem Nachbarland gedroht hatte, erwachte die Schweizer Regierung. Bundespräsident Merz wurde endlich deutlicher: Künftig wolle die Schweiz mitreden, falls neue Listen erstellt würden und wenn verhandelt werden solle. Zu den Verhandlungen mit Deutschland gefragt, antwortete Merz: Kollege Steinbrück lasse kaum einen Tag aus, an dem er sich nicht mit scharfen Worten zum Thema äussere. Das seien keine Voraussetzungen für Verhandlungen. Doch man müsse diese Voraussetzungen wieder schaffen, und Deutschland sei sehr wichtig. Das sei dem

Bundesrat absolut klar. Merz: “Irgendwann muss wieder einmal ein Ton auf den Tisch, mit dem man arbeiten kann.”

FAZIT

Die zögerliche Haltung des Bundesrates gegenüber fragwürdigen Verbalattacken von Finanzministern ist nur die eine Seite. Das Problem für die Schweiz ist, dass es dem Bundesrat nicht gelungen ist, der EU und auch Amerika einleuchtend zu erklären, wie unsere Demokratie, unser Selbstbestimmungsrecht und unser Bankgeheimnis funktionieren und dass dem Souverän in der Schweiz nicht fremdes Recht mit Druck aufgezwungen werden kann. Die Schweiz ist andererseits auch wirtschaftlich auf die anderen Staaten angewiesen und kann es sich nicht leisten, wirtschaftlich erpresst zu werden. Gefragt sind deshalb Verhandlungsgeschick und Überzeugungskraft. Ein Bundesrat schafft sich keine Glaubwürdigkeit, wenn er monatelang hoch und heilig versichert, über das Bankgeheimnis könne man nicht verhandeln und andere würden sich daran die Zähne ausbeissen, um später zu erklären, man habe diese Aussagen nur deshalb machen müssen, damit nicht Gelder aus der Schweiz abfliessen könnten, bevor die anderen Ländern mit einem Bankgeheimnis auch nachgegeben hätten. Es ist somit nicht verwunderlich, wenn der Souverän die Worte des Bundesrates nicht mehr ernst nimmt. Wir müssen nämlich künftig damit rechnen, dass auch die heutigen Versprechen, das Bankgeheimnis bleibe für die Schweizer sicher bestehen, später ebenfalls vorschnell über Bord geworfen werden könnten. ■